

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 11 (1985)
Heft: 3

Artikel: Analyse der Mutterschaftsschutz-Abstimmung
Autor: Karli, Rita
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-360300>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Analyse der Mutterschaftsschutz-Abstimmung



Das Forschungszentrum für schweizerische Politik, das regelmässig Abstimmungsergebnisse analysiert (Vox-Analysen), zeigt die Gründe für das total schlechte Resultat der Mutterschaftsschutzinitiative.

Dabei sind einige aufschlussreiche Ergebnisse herausgekommen, die jetzt zwar auch nicht mehr viel nützen und eher langweilige Statistik sind, die aber gleichwohl interessieren können. Ich denke, dass vor allem diejenigen Frauen, die sich für diese aussichtslose Mutterschaftsschutzinitiative eingesetzt haben, nach einigen Monaten Verschnaufpause wieder über diese Abstimmung nachdenken mögen.

Bekanntlich sind an diesem 2./3. Dezember 1984 nur gerade 37 Prozent der StimmbürgerInnen an die Urne gegangen. Diese tiefe Stimmbeteiligung führen die "Voxler" darauf zurück, dass die gelegentlichen UrnengängerInnen (32 Prozent bezeichnen sich als ständige UrnengängerInnen) nur schlecht motiviert waren. Die subjektive Betroffenheit war bei den gelegentlich Stimmenden bei der Mutterschaftsschutzinitiative nur 16 Prozent und somit sogar kleiner als diejenige bei der gleichzeitig zur Abstimmung stehenden Vorlage über die "Hilfe bei Gewaltverbrechen" (24 Prozent). Die Mutterschaftsschutzversicherung interessierte also nicht. Besonders schlecht angesprochen zeigten sich AbsolventInnen von Primarschulen. Diese Gruppe beteiligte sich 28 Prozent weniger als die Gruppe HochschulabsolventInnen.

Es gingen auch nur unwesentlich mehr Frauen zur Urne als normal. Dabei war die Beteiligung der Männer immer noch um 8 Prozent höher als diejenige der Frauen.

Dagegen waren die Linken angesprochen. Sie beteiligten sich fast so zahlreich an der Abstimmung wie die Bürgerlichen; nicht aber die "Nichtorganisierten", diejenigen, die keiner Partei nahestehen.

Jetzt kommt etwas Wichtiges: der Mutterschaftsschutz gab der/dem StimmbürgerIn kaum Entscheidungsschwierigkeiten. Die Initiative scheiterte am Elternurlaub und an generellen Einwänden gegen die Initiative, wie die Vorschläge seien zu extrem oder sie seien von Feministinnen. Die

Haltung gegenüber dem Kündigungsschutz war zwiespältig und nicht ausschlaggebend. Hier wurden die Meinungen nicht gemacht. Dies obwohl auch die Gegner dem Argument, eine Frau solle wegen der Geburt eines Kindes nicht die Stelle verlieren, offen standen, diese Einstellung dann aber wieder relativierten mit der Überlegung, ein absoluter Kündigungsschutz verringere die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Warum wurde die Initiative so deutlich abgelehnt? Frauen, und das ist wohl das frustrierendste Resultat, stimmten nur unwesentlich anders als Männer, obwohl die Vorschläge der Initiative eindeutig zu gunsten von Frauen gewesen wären. Die Bürgerlichen stimmten fast geschlossen gegen die Forderungen der Initiative. Die SP war, trotz der Ja-Parole, in ihrem Stimmverhalten gespalten und die äusserste Linke stimmte für die Initiative. Die Grünen, sie hatten national die Nein-Parole beschlossen, stimmten dann gleichwohl mehrheitlich dafür.

Die über 40-Jährigen verwarfen die Initiative praktisch einheitlich. Bei der Altersgruppe zwischen 20 und 30 war das ja/nein-Verhältnis etwa ausgeglichen. Für diese Altersgruppe scheine, gemäss Vox-Untersuchung, die Orientierung am links/rechts-Schema weniger entscheidend gewesen zu sein.

Die gesplante SP und die generationsspezifische Einschätzung nehmen die "Voxler" als Hinweise dafür, dass die MSV-Vorschläge vorerst eine Wertfrage beinhalte, nämlich die ega-

litäre Rollenverteilung zwischen Frau und Mann. Themen wie diese würden am ehesten von der höheren Mittelschicht und von Leuten mit höherer Bildung und mit geringerer sozialer Integration unterstützt. Alle übrigen gesellschaftlichen Schichten lehnten die Vorlage mehr oder weniger geschlossen ab. Die Initiative vermochte nicht mehr als das zu erwartende Potential für sich zu gewinnen.

Wie einleitend bereits erwähnt, wandten sich viele mit generellen Motiven gegen die Initiative, nämlich 55 Prozent. Davon gaben 49 Prozent an, sie seien gegen das Ausmass der Initiative. Die restlichen 6 Prozent fanden den heutigen Zustand besser. Der Elternurlaub wurde von 70 Prozent der Gegner abgelehnt. Von diesen fanden 44 Prozent, der Urlaub sei zu teuer; sie wollten nicht noch mehr Lohnprozente geben, oder es koste die Wirtschaft zu viel. 10 Prozent gaben an, die Mutter müsse für das Kind da sein und ein Vater solle arbeiten und nicht Urlaub nehmen!

Kommentar:

FRAU MEINT...

Es hat sich gezeigt, dass eine Werte-Diskussion im Vorfeld der Abstimmung bei der Mutterschaftsschutzinitiative nicht möglich war oder von den Befürworterinnen zu wenig durchgezogen wurde. Es stellt sich somit auch hier die fast schon berühmte Frage, ob eine Initiative das richtige Mittel ist, mit dem das bisherige Rollenverständnis angezweifelt werden kann. Es ist bekannt, dass im Vorfeld einer Abstimmung in Diskussionen Meinungen gebildet werden. Es wird auch gesprochen von der Langzeitwirkung des Initiativverfahrens (zuerst Unterschriften sammeln, dann Einreichung etc. und jedesmal wird der/die StimmbürgerIn aufmerksam gemacht auf das Thema. Daran zweifle ich nach der Erfahrung mit der Mutterschaftsschutzinitiative. Es kommt wohl wesentlich auch darauf an, welche Vorschläge gebracht werden, in welcher Radikalität und wann diese Vorschläge gemacht werden (ob in einer Zeit politischer Verhärtung wie das hier der Fall war). Bei der Mutterschaftsschutzinitiative ist an den bestehenden Meinungen festgehalten worden. Das war bei der Fristenlösungsinitiative anders. Damals wurde die Wertfrage während dem politischen Prozedere diskutiert und ein Meinungsumschwung im Sinne einer politischen Bewusstseinsmachung vollzogen.

Rita Karli